

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Gul. Ad. Schell, Hoflieferant,
Gr. Gerber- u. Breiterstr.-Ecke,
Odo. Reich, in Firma
J. Neumann, Wilhelmplatz 8.

Verantwortlicher Redakteur:
i. V. F. Hachfeld
in Posen.

Posener Zeitung

Neunundneunzigster

Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
Kub. Koller, Sassenstein & Vogler & Co.,
G. L. Paule & Co., Privatbank.

Verantwortlich für den
Inseratenteil:
F. Klugkist
in Posen.

Nr. 420

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentlich drei Mal,
am Sonntag und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-
jährlich 4.50 M. für die Stadt Posen, 5.45 M. für
ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Montag, 20. Juni.

Inserate, die sechsgehaltene Zeitungs- oder deren Raum
in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite
30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bevorzugter
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1892

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

78. Sitzung vom 18. Juni, 11 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Auf der Tagesordnung steht zunächst die vom Herrenhaus
wieder herübergekommene **Militärantenwärtervorlage**, die im
anderen Hause nur in dem einen Punkt abgeändert worden ist, daß
erst Gemeinden unter 2000 (nicht 3000) Einwohnern von der Ver-
pflichtung zur Anstellung von Militärantenwärtern befreit sein sollen.

In der Generaldiskussion erklärt
Abg. **Eberhard** (kons.), daß seine Partei ihre bisherige Ansicht
aufrecht erhalte, wonach Landgemeinden unter 3000 Einwohnern
von der Verpflichtung zur Anstellung der Militärantenwärters befreit
sein müßten. Um aber das Zustandekommen des Gesetzes nicht zu
gefährden, wolle die Partei trotz der Abänderung des Herrenhauses
für den Entwurf stimmen.

Abg. Dr. **Sammacher** (nl.) bemerkt, daß er aus denselben
Gründen wie der Vorredner für den Entwurf stimmen werde.
Man müsse sich dem Beschlusse des Herrenhauses fügen, trotzdem
der Beschluß desselben bedauerlich ist.

Abg. **Eberth** (Ztr.) spricht sich in dem Sinne des konserva-
tiven Redners aus. Redner fragt sodann an, ob zwei Gemeinden,
welche sich zu einem Zweckverbande vereinigen, von denen erst
beide zusammen 2000 Einwohner haben, in diesem Falle Militär-
antenwärter anstellen müssen.

Geh. Rath **Noell** erwidert, daß eine generelle Beantwortung
nicht möglich ist, da es auf den einzelnen Fall ankomme.

Die Vorlage wird hierauf in der Fassung des Herrenhauses
angenommen.

Den vom Herrenhause in abgeänderter Fassung zurückgelangten
Gesetzentwurf, betr. das Dienstverdienst der Lehrer an den nichtstaatlichen höheren Schulen beantragt Abg. v. **Seereman**
von der Tagesordnung abzulehnen, da die Abänderungen
wesentlich seien.

Abg. **Nickert** (df.) bittet, heute wenigstens eine General-
diskussion vorzunehmen, um Klarheit zu erlangen, wie die Minister
zu ihrer Haltung im Herrenhause gekommen seien.

Die Abg. Dr. **Arndt** (frk.), **Vieher** (Ztr.), v. **Chern** (ntl.),
Graf v. **Limburg-Sturum** widersprechen diesem Vorschlage, der
nur dazu führen würde, daß zweimal dasselbe diskutiert werde.

Abg. **Nickert** erklärt, es zu verstehen, daß diejenigen, welche
das Gesetz überhaupt nicht wollen, für die Vertagung sind. Unbe-
greiflich sei aber die Haltung der Parteien, denen an dem Gesetze
etwas liege.

Die Abg. **Seereman** und Dr. **Arndt** verwahren
sich gegen diese Behauptung; sie würden nur durch sachliche Gründe
geleitet und wünschen wohl, das Gesetz zu erledigen.

Der Entwurf wird hierauf von der Tagesordnung abgesetzt.
Die vom Justizminister nachgeleitete Ermächtigung zur Straf-
verfolgung des „Vorwärts“ wegen Beleidigung des Abgeordneten-
hauses beschließt das Haus, gemäß dem Kommissionsantrage, nicht
zu erteilen.

Es folgen Petitionen.

Eine Petition der Stadtverordneten-Versam-
lung in Merseburg, betr. das Beschwerderecht der-
selben, beantragt die Kommission durch Uebergang zur Tages-
ordnung zu erledigen.

Berichterstatter Abg. **Eberth** legt den Sachverhalt dar.
Danach hat der Regierungspräsident in Merseburg verlangt, daß
die Stadt die Sparkassenüberschüsse zur Anlage einer Herberge
zur Heimath verwenden solle. Die Stadtverordnetenversammlung
hat sich geweigert, auf dieses Ansuchen einzugehen. Darauf hat
der Regierungspräsident an den Magistrat eine neue Verfügung
erlassen, in der es heißt, daß die Gründe, welche die Stadt-
verordnetenversammlung geleitet haben, belanglos seien, und daß
sie den Ernst und Eifer vermissen ließen, welcher
zu der vom Regierungspräsidenten vorgeschlagenen Maßregel un-
erlässlich erseine. Die Stadtverordnetenversammlung wandte sich
nun ohne Mitwirkung des Magistrats beschwerdeführend an den
Minister, weil die Verfügung in beleidigendem Tone gehalten sei,
und sodann deswegen, weil der Regierungspräsident erklärt habe,
daß er seine Zustimmung zu einer anderen Verwendung der
Sparkassenüberschüsse so lange verweigern werde, bis eine Herberge
zur Heimath hergestellt sei. Die Beschwerde ist vom Minister an
den Oberpräsidenten weiter gegeben worden, der es abgelehnt
hat, einen Bescheid zu geben, weil die Stadtverordnetenversam-
lung für sich allein ohne Mitwirkung des Magistrats kein Be-
schwerderecht habe. Die Stadtverordnetenversammlung bestreitet,
dieses Recht nicht zu haben.

Abg. Dr. **Meyer** (frk.) beantragt, die Petition der Re-
gierung mit dem Ersuchen zu überweisen, die Verfügung des
Regierungspräsidenten in Merseburg einer Prüfung hinsichtlich
ihrer sachlichen Begründung sowie ihrer Fassung zu unterziehen.
Redner befürwortet seinen Antrag mit dem Hinweis darauf, daß
der Vorwurf, die Stadtverordnetenversammlung habe den nötigen
Ernst und Eifer vermissen lassen, zweifellos fränzend sei.

Abg. **Schlabbig** (frk.) erklärt sich mit diesem Antrage einver-
standen. Der Regierungspräsident sei über das Maß des Erlaubten
hinausgegangen.

Geh. Rath **Noell** verteidigt die Haltung des Ministers, der
durchaus korrekt gehandelt und gar nicht anders zu handeln in der
Lage gewesen sei. Uebrigens trete eine Kompensation insofern ein,
als auch die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Beschwerde an
den Minister verletzende Ausdrücke gebraucht habe.

Abg. **Nickert**: Dieser Fall zeigt, mit welcher Liebe ein Re-
gierungspräsident behandelt wird, wenn er seine gesetzlichen Be-
fugnisse überschreitet. In England würde ein solcher Beamter an-
geschauzt werden. Bei uns aber wird der Mantel der Liebe dar-
über gedeckt. Der Regierungspräsident muß ebenso angeschauzt
werden, wie er die Stadtverordnetenversammlung angeschauzt hat.
So lange das nicht geschieht, kann man nicht verlangen, daß
das Volk vor den Vertretern des Gesetzes den gleichen Respekt hat
wie in England. Der Schulmeister, den der Regierungspräsident
gegenüber der Stadtverordnetenversammlung angeschlagen hat, ist
nicht geeignet, zum Eintreten in die Selbstverwaltung anzuregen.
Derartige Uebergriffe hoher Beamter dürfen keineswegs geduldet
werden. Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil.

Abg. Dr. **Friedberg** (nl.): Der Stadtverordneten-Versam-
lung muß eine größere Genugthuung gegeben werden, als bisher
geschehen ist. Der Regierungs-Präsident hat nicht das Recht, in
diesem unqualifizierbaren Tone der Stadtverordneten-Versammlung
eine Retifizierung zugehen zu lassen. Meine Freunde werden für
den Antrag Meyer stimmen.

Abg. Graf v. **Limburg-Sturum** (kons.) erklärt sich für den
Kommissionsantrag. Habe der Regierungs-Präsident seine Befugnis
überschritten, so sei er, wie aus dem Berichte der Kommission
hervorgeht, wohl retifiziert worden. Der Antrag Meyer überschreite
die Kompetenz des Abgeordnetenhauses, das dem Minister keine
Vor schläge machen dürfe, wie er seinen Beamten gegenüber auf-
treten solle.

Darauf wird der Antrag Meyer gegen die Stimmen der
Konservativen und eines Theiles der Freikonservativen an-
genommen.

Zur Berücksichtigung an die Regierung überweist das Haus
Petitionen über die Verbesserung der Einkommenverhältnisse
der Gerichtsaktuare und wegen Abtrennung der Gemeinden Hain-
ichen und Haffelbach vom Amtsgerichtsbezirk Ulfingen.

Als Material wird der Regierung überwiesen eine Peti-
tion wegen Pensionserhöhung der in Folge von Körperbe-
schädigung dienstunfähig gewordenen Beamten, zur Erwägung
Petitionen wegen Abänderung des Normalkontingents vom 3. März
1878, betr. Theilung und Nutzung der Kettnerhufen in Kropfen-
stedt, und betr. Herauszahlungen aus der Uniformirungskasse der
Steuer- und Grenzaufseher zu Hannover an einen Steueraus-
seher.

Durch Tagesordnung erledigt das Haus Petitionen
betr. Pensionserhöhungen eines Vermessungsrevisors, wegen Ver-
feinerung des Holzes in fiskalischen Forsten, wegen Abänderung
des Projekts für das Geschäftshaus des Eisenbahnbetriebsamts in
Hagen, betr. die Schulabgaben der Besitzer von Privatgrundstücken
im forstfiskalischen Gutsbezirk Gerszt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr (Interpellation Sattler, betr.
die Entziehung der Kronfideikommissubvention für die Hoftheater
in Wiesbaden, Cassel, Hannover, sowie Gesetz über das Dienst-
verdienst der Lehrer). Schluß 2¹/₂ Uhr.

Herrenhaus.

22. Plenarsitzung vom 18. Juni, 11 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bemerkt

Graf **Frankenberg**: Herr Oberbürgermeister Becker hat es
gestern als auffallend bezeichnet, daß ich meinen Antrag auf Ent-
schädigung für die durch die Wagnahme des Fiskus bei der Quelle
von Javoda verletzten privaten Rechte die Interessen eines nahen
Verwandten vertreten habe. Ich habe es gethan, weil der be-
treffende Herr gestern in der Sitzung nicht zugegen war. Ich bin
außerdem gewöhnt, die Interessen meiner Heimatprovinz zu ver-
treten. Wenn Herr Becker nicht so junges Mitglied des Hauses
wäre, würde er wissen, daß sein Vorwurf gegen mich unberechtigt
war. Ich hoffe, daß er ihn zurücknimmt.

Oberbürgermeister **Becker**: Ich bin keineswegs junges Mit-
glied des Hauses, sondern bis auf die letzten 5 Jahre schon seit
langen Jahren Mitglied des Hauses gewesen. So sehr ich bedaure,
daß Herr Graf Frankenberg sich verletzt fühlte, muß ich doch das,
was ich gestern gesagt habe, aufrecht erhalten.

Das Haus tritt darauf in die Berathung der Vorlage betr. die
Steuereutenschädigung der Reichsunmittelbaren ein.

Die Kommission beantragte unveränderte Annahme der
Vorlage nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses.
Danach soll als Entschädigung der 13¹/₂-fache Betrag der Ein-
kommensteuer gewährt werden (§ 4).

Frhr. v. **Solemacher** beantragt die Festsetzung des Ent-
schädigungsbetrages zu streichen und sie, falls kein gültige Ein-
gung zu Stande kommt, auf den Rechtsweg zu verweisen.

Frhr. v. **Solemacher**: Der Herr Finanzminister ist seit 25
Jahren der bedeutendste und geachtteste Redner der Parlamente,
er weiß so überzeugend zu sprechen, daß man sich ihm zuletzt an-
schließt. Er hat nun in der Kommission überzeugend ausgeführt,
daß er das Recht will und gleichzeitig den Reichsunmittelbaren
mit Wohlwollen entgegenkommen will. Nun wird er doch wohl
selbst die Ueberzeugung gewonnen haben, daß auf dem Wege, auf
dem er bisher vorgegangen ist, sowohl das Recht als das Wohl-
wollen begründeten Zweifeln begegnen muß. Ich hoffe, daß er
meinem Antrage seine freudigste Zustimmung geben und ihn selbst
dem Hause empfehlen wird. Der beste Rechtstitel ist doch der des
Vertrages, und die Verträge mit den reichsunmittelbaren Häusern
tragen die Unterschrift der preussischen Könige. Das Herrenhaus,
das jederzeit der Hort der Prinzipien und des Rechtes gewesen ist,
muß diese Verträge achten.

Diese Angelegenheit ist schon genug als Agitationsmittel benutzt
worden. Wenn das Gesetz scheitert, in welche Lage kommen wir
und die Standesherren selbst? Werden man dann im nächsten
Jahre die Grund- und Gebäudesteuer überweisen können? Das
Herrenhaus ist berufen, der Regierung in der Erledigung dieser
Angelegenheit zu helfen.

v. d. **Schulenburg**-Beckendorf: Die Aufnahme der provi-
sorischen Bestimmung in das vorjährige Einkommensteuergesetz war
ein Mißgriff. Jedenfalls sind die Verhandlungen mit den Reichs-
unmittelbaren nicht in der rechten Weise erfolgt. Wir müssen doch
erwägen, in welcher Weise die Verhandlungen auf dem Wiener
Kongreß geführt wurden, daß da den fürstlichen Familien die
schützende Hand des Kaisers fehlte. Und ist das Gift von 1815
etwas anderes als der Ausdruck des königlichen Willens, daß jene

Herren das fürstliche Recht der Steuerfreiheit auf immer behalten
sollen? Man darf den Herren doch nicht einfach das Recht
brechen.

Finanzminister Dr. **Miquel**: Der Antragsteller hat auf die
hohen Verdienste der reichsunmittelbaren Familien hingewiesen
und darauf, daß das Recht der Steuerfreiheit noch ihr letztes Recht
geblieben ist, als ob es sich darum handelte, ob das Recht aufzu-
heben ist oder nicht. Es handelt sich hier doch nur darum, das
Einkommensteuergesetz auszuführen. Das Recht dieser sogenannten
souveränen Familien beruht nun nicht auf der Bundesakte; in
einzelnen, auch größeren deutschen Staaten ist es überhaupt gar
nicht anerkannt worden. In Preußen beruht es auch nicht auf
Verträgen und Rezipien, von denen der Vorredner gesprochen hat,
sondern allein auf dem Edikte von 1815. Nun muß man aber
bedenken, daß damals die höchste Personalsteuer in Preußen, über
die hinaus Niemand herangezogen werden konnte, 124 Thaler be-
trug. Niemand konnte damals voraussehen, daß die Personal-
steuern eine solche Entwicklung nehmen würden. Der Antrag
Solemacher ist nun sehr zweifelhaft. In der ganzen Sache stecken so viele Rechtsfeinheiten, daß, wenn man ein-
mal auf den Rechtsweg verweist, es sich nicht einfach nur um die
Höhe der Entschädigungssumme handeln wird, sondern um die
ganze Frage der Existenz und des Umfanges des
Rechtes überhaupt. Die Regierung hat diese Frage mit sehr
viel Wohlwollen behandelt. Nach einer Entscheidung des Reichs-
gerichts aus der jüngsten Zeit würde eine ganze Reihe der Stan-
desherren überhaupt des Rechtes verlustig gehen. Und vor Allem
streitig ist der Umfang des Rechtes der Steuerfreiheit, z. B. ob es
sich nicht nur auf das Stammvermögen der Häuser erstreckt. Ich
könnte da eine ganze Reihe von Zweifeln erheben. Ueber alle
diese ist die Regierung hinweggegangen, sie hat ohne Unter-
suchung ohne Weiteres das Entschädigungsrecht anerkannt.

Den Herren genügt der 13¹/₂-fache Betrag der Steuer nicht,
weil er die Steuer nicht ganz kapitalisiert, und weil andere Rechte
mit dem 20-fachen Betrage abgelöst sind. Hier handelt es sich aber
um etwas ganz anderes. Bei der Grundsteuer z. B. handelte es
sich um ein dauerndes, unveränderliches Recht, das am Grund
und Boden klebt, das von persönlichen Verhältnissen unabhängig
ist. Wenn damals nur der 13¹/₂-fache Betrag gegeben wurde, so
bedeutete das viel weniger, als wenn wir jetzt den 13¹/₂-fachen
Betrag geben.

Der Antrag v. Solemacher ist auch unklar. Soll, falls eine
Einkung nicht zu Stande kommt, die Regierung ohne Zustimmung
des Landtages den Entschädigungsbetrag festsetzen, d. h. bestimmen,
was eine hinlängliche Entschädigung ist? Denn die Gerichte sind
dazu nicht in der Lage, sie haben deshalb auch noch bei keiner
Ablösung mitgewirkt. Dem Gericht fehlt dafür jede Unterlage.
Die Sachverständigen können, wie wir wissen, alles beantworten
(Geister). In dem einen Oberlandesbezirk würde die Sache so,
in dem anderen anders entschieden werden. Glauben sie, daß
dadurch Befriedigung erzielt werden würde? Ich bin überzeugt,
der Antrag Solemacher würde das Gesetz zum Scheitern bringen.
Die Regierung kann darauf nicht eingehen.

Die Angelegenheit hat in der Presse viel Staub aufgewirbelt,
und man hat recht gefällige Angriffe gegen die Reichsunmittelbaren
gerichtet. Von allen ihren früheren Rechten sind ihnen aber doch
nur das Recht der Militärfreiheit und das der Steuerfreiheit ge-
blieben. Der deutsche Adel, auch der hohe, hat aber stets in der
Armee gedient. In den letzten Krieg sind vier Söhne dieser standes-
herrlichen Häuser gezogen. Selbstsucht und Mangel an Patrio-
tismus kann man ihnen also nicht vorwerfen. Den Chefs der
Häuser muß es aber klar sein, daß sie mit ihrer Abstammung das
Wohl und Wehe ihrer Häuser zu vertreten haben, der Wittwen,
Waisen, Kinder und Minderjährigen. Die Entschädigung wird also
den Häuptern der reichsunmittelbaren Familien schwer, und man
darf sie ihnen nicht aufdrängen, sondern man muß ordentlich mit
ihnen verhandeln. Das hat aber die Regierung nicht gethan, son-
dern sie hat alles einseitig festgesetzt; die Verhandlungen können
sich nachher nur noch darauf erstrecken haben, in welcher Münze
die Entschädigung ausgezahlt werden soll. Deshalb soll die Re-
gierung die Verhandlungen noch einmal beginnen aber mit jeder
Familie einzeln. Denn sie haben einzeln die Reize abgegeschlossen,
und daher haben die einen Familien ungewissere bessere Ansprüche
als andere. Der Wille ist bei diesen Häusern sicher ein guter und
das Ergebnis wäre sicher schon jetzt ein befriedigendes, wenn man
die Herren nicht verletzt hätte. Ich erinnere Sie daran, daß in
Preußen dem einfachsten Unterthan das Recht nicht beschänkt wird;
der Müller in Sanssouci konnte sagen, es giebt noch ein Kammer-
gericht in Berlin. Lassen Sie diese Rechtswohlthat auch den fürst-
lichen Häusern zu Theil werden.

Ich vermag nicht die Verantwortung auf mich zu nehmen, jenen
Familien das Gesetz gegen ihren Willen aufzuzutreiben. Deshalb
würde ich am liebsten das Gesetz ablehnen. Der Antrag Sole-
macher ist ja nicht ohne Bedenken für die materiellen Interessen
der Standesherren. Die rechtlichen Verhältnisse sind ja sehr un-
klar und haben sehr viele Lücken. Haben z. B. die jungen Mit-
glieder dieser Familien, die heute steuerfrei sind, aber die Ab-
lösungssumme nicht erhalten, einen Regressanspruch an die Häupter
ihrer Familien? Ich werde aber doch dem Antrag Solemacher zu-
stimmen, da ich mich vergewissert habe, daß die meisten dieser
Familien mit ihm einverstanden sind. Wenn man bedenkt, daß
diese fürstlichen Häuser bisher nur gewohnt waren, mit Fürsten zu
verhandeln, wird man zugeben, daß das Recht, das wir ihnen geben
wollen, ein sehr bescheidenes ist.

Der Antrag Solemacher wird hierauf mit geringer
Mehrheit abgelehnt, das Gesetz unverändert nach den Be-
schlüssen des Abgeordnetenhauses angenommen.

Die Kommission hat die im Abgeordnetenhaus abgelehnte
Resolution wieder aufgenommen, welche von der Regierung
eine Prüfung verlangt, ob die beiden fürstlichen Häuser Bentheim-
Tecklenburg Rhoda und Sayn-Wittgenstein-Berleburg nicht auch
unter das Gesetz fallen.

Das Haus nimmt diese Resolution an.
Nächste Sitzung unbestimmt, voraussichtlich Dienstag
(Tertiärbahngeß). Schluß nach 3 Uhr.

Deutschland.

Berlin, den 20. Juni.

Mit Bezug auf die verschiedenen Meldungen über eine angeblich bevorstehende Aussöhnung zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Kaiser schreiben die „Hamb. Nachr.“:

Wir wissen nicht, ob Fürst Bismarck bei Sr. Majestät in Ungnade ist, aber wenn er es wäre, so wird er eben ruhig abzuwarten haben, ob und wann diese Situation aufhört. Das Verhältnis ist kein zweifelhafte gleichzeitiger Vorfälle, sondern, soweit es existiert, notwendig ein einseitiges.

Weiter bemerkt das Bismarck-Blatt:

In Oesterreich wird sich Fürst Bismarck wegen der vielfachen dortigen Gegensätze in der Bevölkerung mit Zurückhaltung zu bewegen haben, um nicht in den Anschein einer Parteinahme für innere österreichische Fragen zu geraten. Um der Versuchung zu Demonstrationen seinertheils thätigst vorzubeugen, wird der Fürst beispielsweise seinen Weg nicht über Prag nehmen, sondern abseits von dieser böhmischen Hauptstadt, in welcher die Gefinnungen, die das Parteileben in Böhmen befeuern, ihren Kulminationspunkt finden. Auch in Wien wird der Fürst schon durch seine Gesundheit genötigt sein, sich allen öffentlichen Vorkommnissen nach Möglichkeit zu entziehen, da sein Alter und seine Kräfte ihm eben nur eine einfache Reise gestatten.

Am 4. d. M. war Graf Waldersee zum Besuch bei dem Fürsten Bismarck gewesen. Der Besuch hatte, wie der Münchner „Allg. Ztg.“ gemeldet wird, einen besondern Zweck: Graf Waldersee überbrachte dem Fürsten die Grüße des Kaisers Alexander, mit welchen ihn dieser, wie aus hohen militärischen Kreisen verlautet, in Kiel besonders beauftragt hatte.

Ueber die am Sonnabend erfolgte Ankunft des Fürsten Bismarck in Berlin berichtet die „Nat.-Ztg.“:

Fürst Bismarck, der heute (Sonnabend) Nachmittag auf seiner Fahrt nach Wien, die von Berlin zunächst nach Dresden geht, 20 Minuten auf dem Anhalter Bahnhof Aufenthalt hatte, hat Ovationen erhalten, so begeistert und von so gewaltigen Menschenmengen, wie nur je zuvor. Absperungen durch die Polizei fanden nicht statt. Betäubende Zurufe empfingen Bismarck, der am geöffneten Fenster stand, in dunklen langen Reiseüberzieher, eine Jagdmütze auf dem Kopfe und einen kleinen weißen Schlops unter dem Kragen; die Mütze nahm er bald ab. Er sah so frisch und munter aus, wie nur je in den besten Tagen, wenn man berücksichtigt, daß er inzwischen älter geworden. Einmal traten ihm die Thränen in die Augen; das war, als, nachdem eine zahllose Reihe von Hocks ihm entgegengebracht worden waren, aus der Menge die Aufforderung ertönte: „Ein dreifaches Hoch auf den Grafen Herbert und sein Fräulein Braut, die Gräfin Sophia.“ Nun antwortete Bismarck, nachdem die Aufforderung lebhaft erfüllt worden war: „Ich danke Ihnen herzlich im Namen meines Sohnes und meiner zukünftigen Schwiegertochter.“ Schon vorher hatte Bismarck mehrfach zu kurzen Bemerkungen das Wort genommen; als einige Duzend kostbarer Blumensträuße gleichzeitig ihm entgegengehalten wurden, sagte er: „Ich habe nicht Hände genug, um alles zu nehmen.“ Nach und nach wurden es ein halbes Dutzend Sträuße; die er ergreifen konnte, nahm er persönlich, reichte sie seiner Gemahlin und dem Professor Schwentinger, die im Salonwagen bald nicht mehr Platz fanden, um sie niederzulegen. Wölfling erhob sich der Ruf: „Silentium für den Fürsten!“ und „Ruhe! Ruhe!“ wiederholten Hunderte. Im nächsten Augenblicke herrschte Todtenstille. Bismarck schaute sich erst einen Moment verwundert um. „Soll ich etwa reden?“ fragte er. „Ja, wohl, ja wohl!“ wurde ihm zugerufen. „Meine Aufgabe ist Schweigen!“ antwortete Bismarck. Einen Augenblick herrschte wieder Ruhe, dann rief eine Stentorstimme: „Wenn Sie schweigen, werden

Steine ewig von Ihnen reden!“ Bismarck verneigte sich schweigend. Als der gewaltige Jubelsturm wieder losbrach und „Die Wacht am Rhein“ und „Deutschland, Deutschland über alles“ durcheinander klangen, brach sich wieder eine Stimme Bahn zu dem ringsum aufgenommenen Rufe: „Wiederkommen!“ In diesem Augenblicke war es hochinteressant, den Kanzler zu beobachten: er zog etwas die Schultern in die Höhe und machte eine Handbewegung, welche etwa hätte sagen können: „Was soll ich dorthin dauern.“ Es war der einzige Moment, in welchem sich in die hochgradige Begeisterung etwas wie Heiterkeit beim Publikum mischte. Oft wendete sich Bismarck zu seiner Gemahlin, der als „der treuen Begleiterin unseres Bismarck durchs Leben“ ebenfalls Hochrufe ausgebracht wurden. Dann rief unmittelbar vor der Abfahrt eine dröhnende Stimme: „Wenn alle untreu werden, so bleiben wir doch treu!“ Es wurde gesungen, bis der Zug sich ebenso langsam in Bewegung setzte, wie er eingefahren war. Nun ging das Gähnschütteln von neuem los. „Wenn ich hundert Hände hätte, ich gäbe sie alle her, aber ich habe ja nur zwei“, rief Bismarck, dem der Arm schließlich ermattet sein mußte.

Ueber die Ankunft des Fürsten Bismarck in Dresden meldet Wolff's Telegr. Bureau:

Dresden, 18. Juni. Fürst Bismarck traf um 8 Uhr 52 Min. hier ein. An der Spitze der Abordnung der städtischen Behörden hielt Oberbürgermeister Stübel die Begrüßungsrede. Bismarck dankte für die hohe Auszeichnung, die eine höhere als eine neue Ordensklasse sei und sagte: In meinen alten Tagen ist man nicht mehr so leistungsfähig, nimmt aber an allen Interessen des Vaterlandes Theil, wenn auch ferne dem Verufe. Die Arbeit hatte Erfolg. Ein wesentlicher Antheil daran gebührt dem König Albert, der mir immer ein gnädiger Herr gewesen ist. Nochmals meinen Dank. Im Hotel Bellevue erschien eine Abordnung des Festausschusses unter Führung des Hofraths Dr. Osterloh. Die Straßen, die vom Bahnhof zum Hotel führen, waren geschmückt und illuminiert. Später wurde dem Fürsten ein Fackelzug nebst einem Ständchen gebracht.

Dresden, 19. Juni. Auf die Ansprache des Hofraths Dr. Osterloh bei der gestrigen Ovation erwiderte Fürst Bismarck, er danke für die ehrenvolle Begrüßung; er vertrete eine abgeschlossene Vergangenheit und werde nie wieder eine öffentliche Stellung einnehmen. Das Band, welches das deutsche Volk umschlinge, sei von höchstem Werthe, Deutschland stehe Frankreich, England und Rußland nicht nach; im Frieden und im Kriege habe es viel Arbeit gegeben, viel habe König Albert gethan. Der Fürst schloß mit einem Hoch auf den König.

Dresden, 19. Juni. Der Fürst und die Fürstin Bismarck sind heute Vormittag um 11 Uhr 20 Minuten nach Wien weitergereist. Eine halbe Stunde vor der Abfahrt des Zuges erschienen der Fürst auf dem böhmischen Bahnhofe und wurde im königlichen Wartesalon von dem Grafen und der Gräfin Rangau begrüßt, welche von Prag eingetroffen waren. General von Ruffenow hielt eine kurze Ansprache an den Fürsten, nach welcher das zahlreich anwesende Publikum das Lied „Deutschland, Deutschland über Alles“ anstimmte. Der Zug verließ unter Zurufen des Publikums die Halle.

Aus Wien meldet man der „Post-Ztg.“: Die Kronprinzessin Wittne Stephanie hat angeordnet, daß ihr bei der Trauung des Grafen Herbert Bismarck in der Kirche dem Fürsten Bismarck gegenüber ein Kirchenstuhl vorbehalten bleibe.

Der Bundesrath hat, wie schon gemeldet, beschlossen, den vom Reichstag am 20. Januar 1890 angenommenen Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung, in Bezug auf den Befähigungsnachweis abzulehnen. Im Anschluß hieran wurde ferner beschlossen, mehreren Eingaben, betreffend Wiedereinführung des Befähigungsnachweises für das Baugewerbe, keine Folge zu geben.

Ebenfalls keine Folge wurde den Eingaben wegen Gestattung des Verkaufs von Tabak und Zigarren an Sonn- und Festtagen gegeben. Den Eingaben, welche sich auf die Gestattung von Ausnahmen von den in der Gewerbeordnung gegebenen Bestimmungen für die Arbeiterinnen in den Konerven-Fabriken richten, wurde z. B. keine Folge gegeben.

Zu der Meldung der „Frz. Ztg.“, daß die Militär-Vorlage im preussischen Kriegsministerium vollständig ausgearbeitet sei, bemerkt die „Post“:

Allem Anschein nach stammt diese Nachricht von einer sogenannten Schreiberquelle, einer Gattung, zu der wir im Allgemeinen mehr Zutrauen haben, als zu manchen Korrespondenzen mit „hoch-offiziösen“ Äußerungen. Nach unseren Informationen kann die Nachricht der „Frz. Ztg.“ wohl richtig sein.

Die „Kreuztg.“ meint dagegen, daß die Nachricht um ein Jahr verfrüht sei.

Der Geh. Rath Kayser hat auch den südlichen Theil des ostafrikanischen Schutzgebietes besucht; seine vor wenigen Tagen erfolgte Ankunft in Dar es Salaam ist von Lindi, d. h. vom Süden her, erfolgt. Obgleich er zu einer recht ungünstigen Jahreszeit in Ostafrika angekommen, ist sein Befinden durchaus befriedigend.

Als vorläufigen Kandidaten der Konservativen bei der Erasmahl für Nordenbeck in Sagan = Sprottau bezeichnet die „Kreuztg.“ den Landrath v. Ritzing-Zauche, der, wie sie behauptet, die besten Chancen habe. „Dennoch, meint sie, wird die konservative Partei gut thun, sich bei Zeiten auf den Wahlkampf zu rüsten.“ Das gleiche gilt von den Liberalen, damit Herr v. Ritzing mit dem gleich guten Erfolge kandidiert, wie 1890, wo er, allerdings erst in der Stichwahl durchfiel.

Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Gießen, in einer Versammlung der dortigen Impugnator habe Dr. Hübner erklärt, bald nach der Geburt des jetzigen Kronprinzen habe er an den damaligen Prinzen Wilhelm eine Broschüre über die Schädlichkeit der Impfung geschickt und bringend von der Impfung abgerathen. Das Ergebniss war, daß sämtliche kaiserlichen Prinzen ungelimpft blieben. Eine Berichtigung dieser Behauptung wird wohl nicht ausbleiben.

Wie bekannt, schwebt gegen Ehren = Baare außer den diversen Anklagen wegen Stempelfälschung u. a. auch noch eine Anklage wegen Falschelds; der „Germ.“ zufolge sind in dieser Sache in den letzten Tagen wieder eine Anzahl weiterer Belastungszeugen vernommen worden.

Aus Essen wird der Berliner „Volkstztg.“ geschrieben, daß der dort infamirte Redakteur F u s a n g e l nicht unbedenklich erkrankt sei. Herrn Fusan gel soll es angeblich nicht gestattet worden sein, sich literarisch zu betheiligen; er soll dagegen veranlaßt worden sein, Apparaturen anzufertigen.

Königsberg i. Pr., 18. Juni. Der zweite ostpreussische Stadtag ist heute geschlossen worden. Als Versammlungsort des nächsten Stadtags wurde Tilsit gewählt. Den Hauptgegenstand der heutigen Beratung bildeten die Wünsche hinsichtlich des Unterstüßungswohnhauses. Es wurde eine Reihe hierauf bezüglicher Theesen beschlossen, und der Wunsch nach einer einheitlichen Gesetzgebung, über den Unterstüßungswohnhaus in den deutschen Reiche ausgesprochen.

Parlamentarische Nachrichten.

L. C. Berlin, 18. Juni. Das Abgeordnetenhaus hat am 30. März d. J. den Antrag der Petitionskommission über die

Nippachen.

(Von unserem Korrespondenten.)

(Nachdruck verboten.) Petersburg, 16. Juni.

„Amerika in Petersburg“, das soll ein Bonmot sein und wurde von dem „Petersburger Vistot“ in Anwendung auf unsere Reklamemacherei zur Welt gebracht. Sehr glücklich ist das Schlagwort nicht in seinem Bedeutungsumfang, denn es ist selbst in gewissem Grade das, was es ausfallen will: übertrieben. Der Petersburger Geschäftsmann ist dem Yankee auf dem Gebiet des Tam-Tam nicht gewachsen und könnte es auch nicht sein. Hier eilt man mit Weile und verleiht sich in seiner Eitelkeit bis auf jenen Gipfel, wo man auffällt, aber nicht zur Bewunderung herausfordert. Die Mittel zum Deutemachen sind hier auch mehr originell als original, denn die Originalität gedeiht nicht gut in unserer Nordluft, es sei denn, daß man sie auf einem schlechten Boden sucht. Von unserer Reklame ein Bildchen in Folgendem.

Eine gewisse Tabakfirma reklamiert derart, daß sie kleine Silbermünze und billige Lotterietickets in einen bestimmten Procentsatz seiner abzugebenden Papprosopäden hineinlegt. Das Geschäft soll recht gut gehen; das konsumierende Publikum interessiert sich für die Waare, weil die hin und wieder ihm in die Finger fallenden Surprisen ihm Spaß machen. Aber leider soll diese Art Reklame bald ihr Ende finden durch ein Veto der Polizei, welche darin den Charakter einer Lotterie sehen will.

Manche Firmen lassen ihr Tam-Tam an den Theaterbühnen los. Sie lassen Annoncen daran schreiben in marktschreierischen Formen und Typen und zahlen ein hübsches Geld dafür. Zu solch einem Verfahren geben inoffiziell nur zwei Theater, das „Kleine“ und das Remettische ihre Vorhänge her; in den übrigen Theatern läßt dies keinerlei Geldsumme ermöglichen.

Auch dienen die Telefonabonnements = Billets zu Bekanntmachungen und die Pferdebahnhöfe. An letzteren ist der Reklameplatz oben, an der Längsseite der Imperiale und es spricht daher der Petersburger Pferdebahn-Fahrer, wenn er blickt, daß er auch vom Hinaufsteigen auf den Reklameboden und baldigst in der Umgebung des Geschäftswindels. Vorzugsweise sind die Remitt-Prospekt-Wagen zu Trägern der Reklame gemacht. An sonstiger sogenannter ambulanten Reklame ist aber Petersburg sehr arm und zwar deshalb, weil die Polizei sie beschränkt hat. Wir wissen nur, daß vor Jahren in Petersburger Straßen mit Reklamationsstafeln umhergegangen worden ist. Jetzt sieht man in den Straßen nur noch Wagen mit grellen Firmen- und Waarenbezeichnungen, welche ihre Eigenthümer zum Zufinden von Waaren an ihre ständigen Abnehmer benützen.

Gänzlich verboten ist hier die Austheilung von Annoncenzetteln an die Passanten auf den Straßen; dafür wird aber dieser Modus der Reklamemacherei von manchen Firmen dahin abgewendet, daß sie die Annoncen mit der Stadtpost dem Publikum ins Haus zu senden. Besonders bemerkbar in diesem Fall ist das große Theemagazin, „Zin-Lun“ am Remitt-Prospekt. Unlängst eröffnete dieses Magazin seine Sommerfiliale in der großen, gänzlich außerhalb der Stadt liegenden Villagiatz, „Romaja Derewnja“ und überfluthete alle die Sommerfrischler mit seinen Geschäftsbekanntmachungen. Das war aber nur der erste Schritt. Das Magazin will, da es doch schon in den Besitz aller Adressen der „Romaja-Derewnja“-Sommerfrischler gelangt ist, als Adressbureau für diese Villagiatz funktioniren und zwar unentgeltlich. Es ist dabei natürlich die Annahme begründend, daß, wer sich eine Adresse

ausgeben läßt, nolens volens als Gegenleistung auch Waare nehmen wird.

Einen wirklich amerikanischen Anstrich mag man folgender Manipulation zuerkennen. Ein Kleiderhändler lieferte einem Gastwirth laut getroffener Abkommen alle seine Rechnungsblankets gratis dafür, daß er deren Rückseite zu seinen Ankündigungen benutzen durfte und darin sicherte er jedem er maligen Auftraggeber zunächst eine zwanzigprozentige Preisermäßigung zu. Und was eine französische Modistin ausheckte, verdient nicht weniger Beachtung. Sie erbot sich, ihren unverschämten aber hehrathslustigen Kunden gegen Rekommandation ihres Geschäftes einen Mann zu besorgen. Wie weit sie darin gekommen ist, weiß ich nicht.

Zu etwas ganz Urwüthigem entschloß sich vor einigen Wochen ein Lederhändler. Der wackere Mann machte dem Chef der Postabtheilung seines Bezirks ein Anerbieten von zweihundert Rubel, wenn er allen in seinem Ressort ausstehenden Briefen auf der unbeschriebenen Seite dessen Firmenstempel aufdrücken wollte. Allein dieser Wunsch fand kein Gehör bei dem Postbeamten und das Finale war derart, daß der Lederhändler früher als er wollte aus dem Bureau ging.

Was nun aber Petersburg, wenn es auch so reklamebegeistert wäre, das Gepräge einer richtigen Reklamestadt wenigstens äußerlich abspiegeln würde, ist das Fehlen der bekannten Eissäulen in ihm. Deshalb diese so nützlichen wie zierlichen Säulen hier nicht eingeführt werden, ist unbegreiflich, namentlich im Hinblick darauf, daß solche bereits in einigen Provinzialstädten errichtet worden sind.

Nun ein Wort von dem Chefredakteur des Hofblattes „Grafshdanin“. Fürsten Meschtscherki. Der wackere Mann mußte eine üble Erfahrung bei seinen Getreuen am Redaktionsstisch machen. Man höre! Ein Mitglied der „Grafshdanin“-Redaktion begab sich vor kurzem auf die Reise durch Finnland, aus welchem Anlaß, mag Gott wissen, — manche Geheimthürer murren: um das finnische Volk auf seine Gefinnung über die Russifikations- und andere neuerlich erlassene Maßnahmen persönlich zu beobachten, aber das erweist aus vielen Gründen nicht glaubwürdig. Von dem Journalisten auf der Reise brachten die finnischen Zeitungen aber eine köstliche Nachricht, die lautete, daß er sich an die Hauptverwaltungen der dortigen Bahnen mit der Bitte um ein Preisbillet gewandt habe unter Erbietung der artigen Gegenleistung, den Zustand der finnischen Bahnen in seinen Reiseberichten an den „Grafshdanin“ in eitlem Lobe gegenüber den anderen in Mißkredit stehenden Bahnen mit Reichthum herausstreichen zu wollen. Die Bahnverwaltungen haben aber für ein solches Tauschgeschäft bestenfalls gedankt und die Geschichte an die große Glocke gehängt. Der Elak sollte aber noch mitleidlicher werden; das Märlein fand aus den finnischen Blättern Eingang auch in viele russischen Zeitungen und zwar wurde der Held desselben schadenfroher Weise immer voll bezeichnet. Fürst Meschtscherki — den die saubere Geschichte ja notwendig mit tangiren mußte — war außer sich. Man spricht, von obenher hätte man ihm die satirische Bemerkung gemacht, in seiner Redaktion doch nicht Leute halten zu wollen, die bei einer Reise ihren besseren Theil, die Ehre, zu Hause lassen. Wenn der Journalist wiederkehrt, wird er von seinem Chef gewiß mit einer fürchterlichen Kopfwäsche empfangen werden. Lofe Zungen sagen übrigens, der Fürst werde, um nicht abermals den Nimbus seines Blattes einem Streifschatten auszuweichen, den Getreuen in Zukunft überhaupt nicht auf die Reise gehen lassen.

Wir haben hier einen Menschen, der am Tage Mann, am Abend Frau ist. Er heißt Man de Wirth und seine Beschäftigung

ist, am Tage müßig zu gehen und am Schanitz zu sitzen und Abends im Konzertsaal des zoologischen Gartens Vieder zu singen, im Wieder und Schleppfleide. Man de Wirth imittirt frapierend eine Frau in Stimme, Mimik und Bewegungen und wenn besseres Wissen oder auch die Angabe seines Geschlechts auf dem Konzertzetteln nicht dagegen protestirten, würde man ihn unbedingt für eine Chansonettenlängerin von Hause aus halten müssen. In fremde Herren haben an Man de Wirths männliches Geschlecht angezogen seiner zur Schau getragenen urrechten Weiblichkeit trotz alledem zu glauben nicht vermocht und alle gegenheiligen Angaben für einen Unsinn, für Reklame erklärt. Demnach ist der Zwittermensch im zoologischen Garten Gegenstand regen Interesses. Dieser Tage nahm ich mir die Mühe, diesen Kauz — zu interviewen und so erfuhr ich, wie es ihm eingefallen, Mann und Frau in einer Person zu sein. „Sie wünschen einige Daten aus meinem Leben“, sagte Herr Man de Wirth, „nun, ich will sie Ihnen mit dem größten Vergnügen geben, aber Sie werden dieselben wenig interessant finden. Ich bin geborener Holländer und mein Name ist kein nom de guerre, sondern mein wirklicher Familienname. Schon sehr früh kam ich mit meinen Eltern nach Deutschland. Der heftigste Wunsch derselben, speziell meiner Mutter war es gewesen, ein Mädchen zu haben, und da ich dies nun leider nicht war, so wurde ich bis zu meinem 12. Jahre als Mädchen erzogen, bis auf den energischen Einspruch meines Vaters diesem ein Ende gemacht wurde und ich Gott sei Dank wieder der Knabe, der ich war, wurde. Hatte ich bis dato eine Mädchenschule besucht, so kam ich nun in eine Knabenschule und da ich nebenbei eine Ballettschule besuchte, so mußte hier diese Umwandlung vor sich gehen, worüber meine Mitschüler natürlich nicht wenig erstaunt waren. Nachdem ich die Schule verlassen hatte, widmete ich mich ganz dem Ballet. Aber leider ist es für einen nur mittelmäßigen Tänzer sehr schwer fortzukommen, wenn er nicht an einem Hoftheater Stellung bekommt. Früh von meinen Eltern getrennt, stand ich allein und fast mittellos da, denn Tänzer wurden wenig oder gar nicht gesucht. Da las ich in einer Fachzeitung, daß B. Theater in V. suchte 100 gute Chortänzerinnen und eine tüchtige Idee kam mir in den Sinn. Ich bot mich als Tänzerin an und wurde acceptirt; ich blieb zwei Jahre dort, ohne daß eine meiner Kolleginnen mein wahres Geschlecht geahnt hätte. Während dieser Zeit hatte ich Gesangsunterricht genommen und meine Sopranstimme machte es mir möglich, als Sängerin aufzutreten. Erst als ich „bühnenfest“ war, bekannte ich mein eigenes Geschlecht, reiste fortan als „Damen-Imitator“, denn vordem trat ich nur als Dame auf und wurde in den wenigsten Fällen erkannt. In England bekam ich, um im Künstlerjargon zu reden, „den Valles“ und es blieb mir nichts übrig, als ein sich mit bietenbes Engagement als „Barmaid“ in einem der bedeutendsten Londoner Restaurants anzunehmen. Von da kam ich als „Chansonette“, excentrique“ nach Frankreich, dann nach Deutschland, wo ich Engagements in den ersten Varietés erhielt. Jetzt bin ich in Petersburg und kann wohl sagen, es gefällt mir hier ausgezeichnet, denn das Publikum ist lebenswürdig und belohnt meine Kunst allabendlich mit gutem Applaus. Außerdem ist es wohl für meine fernere Karriere ein gutes Prognostikon, daß mein erstes Auftreten in Rußland im zoologischen Garten, in diesem so allgemein beliebten Vergnügungsort der Residenz stattgefunden. . . . Ob Herr Man de Wirth mir nicht auch ein bißchen ausschnitt, that is the question. Kant.

Petition des Rechtsanwalts Dr. Stolz in Charlottenburg betr. die Einräumung eines gesetzlichen, unbedingt prioritäten Pfandrechts an Grundstücken, auf welchen Neubauten errichtet werden, für die Forderungen der Unternehmer, Fabrikanten, Handwerker und Arbeiter, welche Materialien und Arbeiten zu dem Neubau geliefert haben, zur Tagesordnung überzugehen, nicht für spruchreif erachtet und die Petition der Justizverwaltung zur Berichterstattung überwiesen. Nachdem inzwischen eine ähnliche Petition des Vorstandes des deutschen Bundes für Bodenbesitzerreform eingegangen, trat die Justizkommission in die Beratung der Materie ein. Der Referent, Abg. Krich, konstatierte zunächst, daß im Geltungsbereich des Allgemeinen Landrechts dem Bauübernehmer eine Vormerkung mit der Rangordnung hinter den bereits eingetragenen Hypotheken unter denselben Voraussetzungen, wie im Geltungsbereich des Allg. Landrechts erwirkt werden kann; daß also in Preußen ein Grund zum Erlasse besonderer Schutzbestimmungen um so weniger vorliege, als die Nothstände, auf welche die Petitionen sich beziehen, nur in Berlin und einigen anderen Großstädten auftreten und hier vor Allem dadurch hervorgerufen sind, daß die Uebernehmer vielfach ohne die gehörige Vorsicht und ohne eine durch die Sachlage gebotene Sicherstellung in die Arbeitskontrakte eintreten. Man dürfe vom Gesetzgeber nicht Veranlassungen zu dem Zwecke fordern, um auch den Bauübernehmer unbedingt sicher zu stellen, welcher sich wesentlich mit einem unermögenden und unzuverlässigen Baupelulanten einläßt; in der trügerischen Hoffnung, daß der Unternehmer großes Glück haben und beide Theile über Nacht zu reichen Leuten machen werde. Auch die weitere Frage, ob und welche durch die bestehenden Strafgeseze nicht ausreichend vorgeesehenen Repressalien gegen den großstädtischen, betrügerischen und wucherischen Baushandeln auf dem Gebiete des Strafrechts erzielt werden können, wurde verneint. Der Kommissar des Justizministers, Geh. Ober-Justizrath Eichholz erklärte u. A.: „Gegen eine betrügerische oder wucherische Ausbeutung der Baushandwerker werde in den meisten Fällen der Schutz der bestehenden Strafgeseze genügen; überdes werde bereits von der kgl. Staatsregierung eine Reform der Wucherergeseze in Erwägung und es werde dabei besonders in Betracht gezogen werden, wie dem Grundstücks- und Baustellenwucher abzuhelfen sei.“ Soweit es sich also um das Gebiet der preussischen Gesetzgebung handelt, konnte auch die Justizkommission nur empfehlen, über die Petitionen zur Tagesordnung überzugehen. Der Referent machte aber darauf aufmerksam, daß die in Preußen bestehenden landesgesetzlichen Bestimmungen, denen sich auch das bayerische Hypothekengesez, das württembergische Pfandgesez und das bairische Landrecht anschließen, durch den § 574 des Entwurfs eines bürgerlichen Gesetzbuchs für das deutsche Reich bedroht sind, insofern hier das Pfandrecht nur bei beweglichen Sachen gewährt ist. Allerdings haben sich damit alle Staaten, außer Preußen und Baden einverstanden erklärt. Der preussische Justizminister hat i. Z. folgenden Zusatz zu § 574 beantragt: Dem Uebernehmer eines Bauwerks steht das Recht zu, zur Sicherung seiner Forderungen für geleistete Arbeit, Auslagen und Hergabe von Stoffen die Eintragung einer Sicherungshypothek an dem dem Besteller gehörenden Grundstücke zu verlangen. Dieser Vorschlag bezweckt lediglich, das in Preußen zur Zeit geltende Recht (aufrecht zu erhalten und auf das Reichsgebiet auszudehnen, während die Petenten eine radikale Aenderung des bestehenden Rechtszustandes verlangen und ebenso wie die Vorschläge des Reichsgerichtsraths Dr. Vöhr, des Handwerkervereins für den Westen und Südwesten Berlins und des Geh. Justizraths Dr. Dernberg ein Pfandrecht gewähren wollen, welches mit dem öffentlichen Glauben des Grundbuchs nicht vereinbar ist. Für ein Vorgehen in dieser Richtung sprach sich nur ein Mitglied der Kommission aus. Dagegen beschloß dieselbe einstimmig, die Ermartung auszusprechen, daß die künftige Staatsregierung ihren Einfluß beim Reich nachdrücklich dahin geltend machen werde, daß der § 574 des Entwurfs des bürgerlichen Gesetzbuchs für das deutsche Reich in der oben erwähnten, von dem Justizminister befürworteten Fassung erweitert werde.

Berlin, 19. Juni. Zum Gesandten, betr. das Dienst-einkommen der Lehrer an den nichtstaatlichen höheren Lehranstalten, beantragt Abg. Arendt mit der freikonservativen Fraktion, im § 1 die Fassung des Abgeordnetenhauses wieder herzustellen und also die Zeichenlehrer, die technischen und Vorkurslehrer in das Gesez aufzunehmen, was das Herrenhaus gestrichen hatte.

Militärisches.

Berlin, 18. Juni. Das Panzerschiff „Bayern“ ist, wie man der „Nat.-Ztg.“ meldet, während der Landöver am Donnerstag außerhalb der Kieler Bucht auf den Grund gerathen und hat ein Leck erhalten. Der Schaden wird auf der kaiserlichen Werft repariert. — Der deutsche Militärbevollmächtigte in Petersburg, General v. Billaume, ist von Kiel zurückgekehrt. Der „Kreuzztg.“ wird von dort gemeldet, daß dieser Offizier demnächst in die Armee zurücktreten werde. Ueber seinen event. Nachfolger verlautet noch nichts.

Telegraphische Nachrichten.

Königsberg i. Pr., 19. Juni. Das gestern Abend zu Ehren der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in der Börse veranstaltete Konzert nahm einen glänzenden Verlauf. Justizrath Reich-Meynen brachte einen Toast aus auf das gottfreundliche Königsberg, der Oberbürgermeister einen solchen auf die Frauen und Hofrath Eydt auf die deutschen Säger. Mittags hatte unter dem Vorsitze des Ober-Marschalls im Königreich Preußen, Grafen zu Eulenburg-Brassen, die Hauptversammlung stattgefunden. Die nächste Wanderausstellung soll im Jahre 1894 in München und sodann eine solche im Jahre 1895 in Köln stattfinden. Zum Präsidenten der Gesellschaft für die Jahre 1892 bis 1894 wurde Prinz Ludwig von Bayern gewählt, der die Annahme des Vorsizes in Aussicht gestellt hatte.

München, 18. Juni. Der hiesige preussische Gesandte Graf Eulenburg erhielt eine Einladung des Kaisers Wilhelm zur Theilnahme an der Nordlandsfahrt.

München, 18. Juni. Nach einer Meldung aus Passau ist der dortige Donaukanal überschwemmt; weiteres Steigen des Wassers wird befürchtet. Hier selbst waren die Dämme der Isar heute noch ungefährdet, jedoch wird Steigen der Gebirgszuflüsse gemeldet.

Wien, 18. Juni. Der Valutaausschuss nahm mit 29 gegen 6 Stimmen den dritten und den vierten Artikel des Münzgesetzes, betreffend die Relation entsprechend der Regierungsvorlage an unter Ablehnung aller Abänderungsanträge.

Bern, 18. Juni. Der Nationalrath hat mit 75 gegen 13 Stimmen die für die Befestigung von St. Maurice (Wallis) geforderten 2 100 000 Franken bewilligt und den Bundesrath beauftragt, die Frage der fortifikatorischen Sicherung des Strazenguzes St. Bernhard-Martigny-Ténor-Chamonty zu prüfen.

Bern, 18. Juni. Die Handelsvertrags-Unterhandlungen mit Spanien sind materiell erledigt. Der eigentliche Gesandte ad hoc in Madrid, Alt-Bundesrath Betti, wird demnächst hierher

zurückkehren. Ueber das Inkrafttreten des neuen Vertrages ist noch keine Entscheidung getroffen.

Rom, 18. Juni. Die meisten Abendblätter begrüßen in außerordentlich warmen Ausdrücken den Besuch des italienischen Königspaars in Potsdam.

Monza, 19. Juni. Der König und die Königin von Italien sind in Begleitung des Ministers des Auswärtigen, Brin, sowie des in städtischen und Zivil-Gefolge um 4 Uhr Nachmittags von hier nach Potsdam abgereist. Die Spitzen der militärischen und Zivil-Beörden und andere hervorragende Persönlichkeiten waren auf dem Bahnhofe anwesend. Auf der Fahrt vom Palais nach dem Bahnhofe wurden die hohen Herrschaften von der Bevölkerung mit lebhaften Zurufen begrüßt. Die Stadt hat festlichen Flaggenschmuck angelegt.

Paris, 18. Juni. Heute Vormittag wurden mehrere Anarchisten, darunter ein Italiener Namens Mascara, verhaftet, welche verdächtig sind, an dem Attentate im Restaurant Véry theilgenommen zu haben.

Paris, 18. Juni. Der bisherige Kommandeur der polytechnischen Schule, General Borius, tritt als Generalsekretär und Chef des Militärstaats des Präsidenten Carnot an Stelle des zum Kommandeur der 12. Division ernannten General Brugère.

Paris, 19. Juni. Nach Meldungen aus Montevideo ist die Demission des Finanzministers angenommen worden. — Der Präsident wird demnächst ein Manifest an die Nation richten, in welchem die Nothwendigkeit betont wird, die Ausgaben zu vermindern. Gleichzeitig soll in demselben die Garantie für die Einlösung der fälligen Coupons festgestellt und die Nachricht von einer beabsichtigten neuen Emission von Papiergeld für unbegründet erklärt werden.

Marseille, 19. Juni. Der „Courier de Tonkin“ meldet, daß der deutsche Forschungsfeldzug Lieutenant Otto Ehlers, welcher vor anderthalb Jahren von der afghanischen Grenze ausgegangen war, am 9. Mai zu Pferde in Son-Tai (Tonkin) eingetroffen ist.

Alexs, 18. Juni. In der Zitadelle fand heute eine Explosion statt, in Folge deren mehrere Soldaten getödtet und mehrere verwundet wurden.

Brüssel, 18. Juni. In dem heute unter dem Vorsitze des Ministerpräsidenten abgehaltenen Ministerrathe wurde die Einberufung der Kammern zwischen dem 12. und 19. Juli beschlossen. Bezüglich der Ernennung eines neuen Ministers des Auswärtigen wurde heute noch kein Beschluß gefaßt. Am nächsten Mittwoch wird wiederum ein Ministerrath stattfinden.

Der „Courrier du Congo“ bringt die Nachricht von zwei Gefechten, welche zwischen den Truppen des Kongostaates und Banden von Sklavenjägern, welche am Lundaflusse operirten, stattgefunden haben. Prinz Croy und Lieutenant Michaux hätten mit etwa 100 Soldaten eine beträchtliche Anzahl von Sklavenjägern völlig in die Flucht geschlagen und etwa 300 Sklaven befreit.

Belgrad, 18. Juni. Gutem Vernehmen nach stände die Auflösung der Skupstina und die Ausschreibung der neuen Wahlen bevor. — Heute fand die feierliche Beerdigung des verstorbenen Regenten Protic auf Staatskosten statt. Das diplomatische Korps war bei der Feier vollständig vertreten.

Chicago, 17. Juni. Die demokratische Konvention tritt Dienstag zusammen. Die Opposition der Vertreter des Staates Newyork läßt die Wahl Clevelands zum Präsidentschaftskandidaten zweifelhaft erscheinen. Sollte Cleveland als Kandidat nicht durchdringen, so dürfte der demokratische Gouverneur von Iowa als Kandidat aufgestellt werden, auf den man die Stimmen zu vereinigen hofft.

Wollmärkte.

Berlin, 18. Juni, Mittags. Insegeamt sind nunmehr in die Zeit des Wollmarktes auf dem Berliner Lagerhofe eingelagert per Nordbahn 146 Btr., Potsdamer Bahn 13 Btr., Hamburger 442 Btr., Niederelbisch 754 Btr., Stettiner 2245 Btr., Ostbahn 7796 Btr., das sind per Bahn allein 11 396 Btr.; rechnet man hierzu die per See angelagerten Wollen in Höhe von ca. 2000 Btr., so ergiebt, daß gegenwärtig lagern ca. 13 396 Btr. Die Anmeldungen haben ein Quantum von 18 000 Btr. bereits überschritten, so daß die Annahme gerechtfertigt erscheint, daß das vorjährige Quantum von 9694 Btr. um über das Doppelte überschritten werden wird. Die Stadtläger ergaben nach amtlichen Ermittlungen am 15. ds. 30 770 Btr. Am 17. ds. Nachmittags waren per Bahn weiter eingegangen incl. der von uns schon erwähnten Zufuhren zum offenen Markt 13 572 Btr., so daß die Zufuhren mit ungefähr 3000 Btr. hinzugerechnet, gestern Nachmittag unter Gesamtlager 45 342 Btr. umfaßte, gegen dieselbe Zeit im Vorjahre mehr 10 127 Btr. Die in Neubrandenburg und Stettin unterkauft gebliebenen Wollen sind nach Berlin dirigiert worden. Es erhebt sich fraglich, ob gerade diese Partien, die meist ihrer mangelhaften Beschaffenheit wegen auf den betreffenden Märkten keinen Abiak fanden, hier besser aufgenommen werden. Auf dem offenen Markte darf vor dem 20. d. Morgens 6 Uhr nichts verkauft werden, auch von den Stadtlägern sind bisher Abichlüsse nicht bekannt geworden, obwohl bereits einige Fabrikanten erschienen, um Musterung zu halten. Der Umstand, daß den Wollmärkten mehr Waare, als im Vorjahre, zugeführt wird, ist wohl mit darauf zurückzuführen, daß Produzenten den niedrigen Geboten der Verkäufer gegenüber ihre Waare nicht verschleudern wollten, sondern den offener Markt aufsuchten, um den auf demselben maßgebenden Preis zu acceptiren. Sie haben in den meisten Fällen denn wohl auch das Richtige getroffen.

Königsberg i. Pr., 18. Juni. Wollmarkt. Schleppend, Preise 15 bis 20 Mk. billiger.

London, 17. Juni. Wollauktion. Lebhafteste Betheiligung. Preise fest, mitunter eher besser als bei der Eröffnung. Feine Kreuzschnitten zu vollen Preisen, Kapwolle (snowwhite) knapp, stramm.

London, 18. Juni. Wollauktion. Preise behauptet bei lebhafter Betheiligung.

Handel und Verkehr.

Newyork, 18. Juni. Die Börse war Anfangs fest, schwächte sich jedoch im weiteren Verlaufe theilweise etwas ab. Der Schluß war sehr fest. Der Umsatz der Aktien betrug 62 000 Stück. Der Silbervorrath wird auf 2 100 000 Unzen geschätzt. — Silberverkäufe fanden nicht statt.

Marktberichte.

Bromberg, 18. Juni. (Amtlicher Bericht der Handelskammer.) Weizen 200—210 Mk., geringe Qualität 190—199 Mk., feinsten über Notiz. — Roggen 180—186 Mk., geringe Qualität 175—179 Mk., feinsten über Notiz. — Gerste 150—158 Mk., Bran- 128—162 Mk. — Futtererbsen 160—170 Mk., Rotherbsen 190—200 Mk., Hafer 150—160 Mk. — Spiritus nominell, ohne Preisnotiz.

Leipzig, 18. Juni. (Wollbericht.) Kammzug-Termin-Handel. La Plata. Grundmuster B. per Juni 3,87 $\frac{1}{2}$ Mk., pr. Juli 3,87 $\frac{1}{2}$ Mk., pr. Aug. 3,90 Mk., pr. Sept. 3,90 Mk., pr. Oktober 3,92 $\frac{1}{2}$ Mk., p. Novbr. 3,95 Mk., p. Dez. 3,95 Mk., p. Jan. 3,97 $\frac{1}{2}$ Mk., p. Febr. 3,97 $\frac{1}{2}$ Mk., p. März 4,00 Mk., p. April 4,00 Mk. Umsatz 60 000 Kilogramm.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Juni 1892.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm; 66 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cel. Grad
18. Nachm. 2	752,5	WSW mäßig	trübe	+21,0
18. Abends 9	753,8	WSW leichter	heiter	+15,3
19. Morgs. 7	755,8	N leicht	bedeckt	+12,9
19. Nachm. 2	755,4	WS leichter Zug	trübe	+17,6
19. Abends 9	756,1	WS leichter	zieml. heiter	+13,8
20. Morgs. 7	756,0	WS leicht	halbheiter	+13,7

Am 18. Juni Wärme-Maximum + 22,4° Cel.
Am 18. „ „ Wärme-Minimum + 12,2° „
Am 19. „ „ Wärme-Maximum + 19,6° „
Am 19. „ „ Wärme-Minimum + 8,7° „

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 18. Juni Mittags 0,78 Meter.
„ „ 19. „ Morgens 0,74 „
„ „ 20. „ Morgens 0,72 „

Produkten- und Börsenberichte.

Fonds-Kurse.

Breslau, 18. Juni. (Schlußkurse.) Fester. Neue 3proz. Reichsanleihe 87,60, 3 $\frac{1}{2}$ proz. L.-Pfandbr. 98,25, Koniol. Türken 20,40, Türck. Loos 92,00, 4proz. ung. Goldrente 94,40, Bresl. Diskontobank 97,50, Breslauer Wechselbank 98,50, Kreditaktien —, Schlef. Bankverein 114,25, Donnerstagsrente —, Stöcker Maschinenbau —, Rattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Süttenbetrieb 118,00, Oberschlef. Eisenbahn 57,35, Oberschlef. Portland-Zement 84,00, Schlef. Cement 119,00, Oppeln. Zement 91,50, Schl. D. Zement —, Krampitz 128,00, Schl. Zinkaktien 194,50, Lauragütte 113,00, Verein. Nefabr. 88,75, Dehmerfeld. Banknoten 170,90, Russ. Banknoten 208,40, Gieseler Cement 88,25.

Frankfurt a. M., 18. Juni. (Schlußkurse.) Schwach. Lond. Wechsel 20,382, 4proz. Reichsanleihe 106,75, österr. Silberrente 81,10, 4 $\frac{1}{2}$ proz. Papierrente 81,40, do. 4proz. Goldrente 96,30, 1880er Loos 126,70, 4proz. ung. Goldrente 94,20, Italiener 92,10, 1880er Russen 94,90, 3. Orientanl. 68,20, unifiz. Ägypter 98,90, lomb. Türken 20,45, 4proz. türk. Anl. 85,70, 3proz. port. Anl. 24,20, 5proz. serb. Rente 83,15, 5proz. amort. Rumänier 97,90, 6proz. Koniol. Mexik. 85,40, Böhm. Westbahn 304 $\frac{1}{2}$, Böhm. Nordb. 156, Franzosen 263, Galizier 182 $\frac{1}{2}$, Gotthardbahn 144,70, Lombardener 89, Lübeck-Wichen 146,00, Nordwestbahn 183 $\frac{1}{2}$, Kreditaktien 272, Darmstädter 140,40, Mitteld. Kredit 101,40, Reichsb. 149,20, Disk. Kommandit 195,10, Dresdner Bank 148,10, Barlsru Wechsel 80,82 $\frac{1}{2}$, Wiener Wechsel 170,55, serbische Tabaksrente 83,10, Bodum. Gußstahl 129,60, Dortmund. Union 61,00, Harpener Bergwerk 147,00, Siberia 121,00, 4proz. Spanier 66,50, Mainzer 115,20. Privatdiskont 2 $\frac{1}{2}$ Proz.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 272, Disk. Kommandit 195,70, Portugiesen —.

Wien, 18. Juni. (Schlußkurse.) Ungeachtet fehlender Anregung von auswärtig fest, Staatsbahn auf Plazkäufe lebhaft. Defferr. 4 $\frac{1}{2}$ proz. Papier. 95,60, do. 5proz. 100,87, do. Silber. 95,30, do. Goldrente 113,40, 4proz. ung. Goldrente 110,90, 5proz. do. Papier. 100,70, Länderbank 223,00, österr. Kreditakt. 319,50, ungar. Kreditaktien 361,50, Wien. B.-K. 116,5 $\frac{1}{2}$, Elbethalbahn 238,50, Galizier 215,00, Lemberg-Gzeronowiz 244,25, Lombarden 100,50, Nordwestbahn 215,25, Tabaksaktien 179,25, Napoleons 9,50, Marknoten 58,60, Russ. Banknoten 1,21 $\frac{1}{2}$, Silbercoupons 100,00, Vulgarische Anleihe 105,50.

Petersburg, 18. Juni. Wechsel auf London 97,60, Russische II. Orientanleihe 102 $\frac{1}{2}$, do. III. Orientanleihe 105, do. Bank für auswärtigen Handel 253, Petersburg. Diskontobank 472, Warschauer Diskontobank —, Petersb. Internat. Bank 433, Russ. 2 $\frac{1}{2}$ proz. Bodentredit-Pfandbriefe 150 $\frac{1}{2}$, Große Russ. Eisenbahn 343, Russ. Südwestbahn-Aktien 116 $\frac{1}{2}$, Privatdiskont —.

Paris, 18. Juni. (Schlußkurse.) Fest. 3proz. amortis. Rente 99,80, 3proz. Rente 99,77 $\frac{1}{2}$, 4 $\frac{1}{2}$ proz. Anl. —, Italien. 5proz. Rente 93,95, österr. Goldr. 95 $\frac{1}{2}$, 4proz. ungar. Goldr. 95,55, 3. Orient-Anl. 68,90, 4proz. Russen 188,97, 10, 4proz. Ägypter 492,81, lomb. Türken 20,77 $\frac{1}{2}$, Türkenl. 85,30, Lombarden 222,50, do. Priorit. 316,00, Banque Ottomane 596,00, Panama 5proz. Obligat. —, Rio Tinto 427,50, Tab. Ottom. 382,00, Neue 3proz. Rente 100,85, 3proz. Portugiesen 25 $\frac{1}{2}$, Neue 5proz. Russen 79,35.

London, 18. Juni. (Schlußkurse.) Ruhig. Engl. 2 $\frac{1}{2}$ proz. Consols 96 $\frac{1}{2}$, Preuss. 4proz. Consols 106, Italien. 5proz. Rente 92 $\frac{1}{2}$, Lombarden 8 $\frac{1}{2}$, 4proz. 1889 Russen II. Serie 97 $\frac{1}{2}$, lomb. Türken 20 $\frac{1}{2}$, österr. Silber. 81,00, österr. Goldrente 95,00, 4proz. ungar. Goldrente 94 $\frac{1}{2}$, 4proz. Spanier 66 $\frac{1}{2}$, 3 $\frac{1}{2}$ proz. Ägypter 92 $\frac{1}{2}$, 4proz. unifiz. Ägypter 97 $\frac{1}{2}$, 4proz. gar. Ägypter —, 4 $\frac{1}{2}$ proz. Tribut-Anl. 96 $\frac{1}{2}$, 6proz. Mexikaner 86 $\frac{1}{2}$, Ottomabank 13 $\frac{1}{2}$, Suezaktien —, Canada Pacific 91 $\frac{1}{2}$, De Beers neue 14 $\frac{1}{2}$, Privatdiskont $\frac{1}{2}$ Proz.

Buenos-Ayres, 17. Juni. Goldagio 206,90.
Rio de Janeiro, 17. Juni. Wechsel auf London 11 $\frac{1}{2}$ 1/10.

Produkten-Kurse.

Köln, 18. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco —, do. fremder loco —, per Juli 18,80, per Nov. —, Roggen hiesiger loco 19,25, fremder loco 21,00, per Juli 18,90, per Nov. —, Hafer hiesiger loco 15,00, fremder —, Rüböl loco 56,00, per Oktober 53,90. — Wetter: Regnerisch.

Bremen, 18. Juni. (Börsen = Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notiz der Bremer Petroleumbörsen.) Faß-zollfrei. Still. Loko 5,70 Br.

Baumwolle. Stetig. Upland middl. loco 40 Bf., Upland Bafis middl. nichts unter low middl. auf Terminlieferung, Juni 39 $\frac{1}{2}$ Bf., Juli 39 $\frac{1}{2}$ Bf., August 40 Bf., Sept. 40 $\frac{1}{2}$ Bf., Oktober 40 $\frac{1}{2}$ Bf., per Nov. 41 Bf.

Schmalz. Ruhig. Wilcox 35 Bf., Armour 35 Bf., Rohes — Bf., Fairbank 30 $\frac{1}{2}$ Bf.

Spek short clear middl. Fest. 35.
Bremen, 18. Juni. (Kurse des Effekten- u. Makler-Vereins, 5proz. Nordb. Wollkammer- und Rammagarn-Spinnerei-Aktien 139 Gd., 5proz. Nordb. Lloyd-Aktien 109 $\frac{1}{2}$ Gd.)

Hamburg, 18. Juni. Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, holst. loco neuer 193—202. — Roggen loco fest, mecklenb. loco neuer 180—200, russ. loco fest, neuer 176—180 Hafer ruhig. Gerste fest. Rüböl (unverz.) ruhig, loco 55,00. — Spiritus loco matt, p. Juni-Juli 25 $\frac{1}{2}$ Bf., per Juli-August 26 Bf., August-Septbr. 26 $\frac{1}{2}$ Bf., per Sept.-Oktober 26 $\frac{1}{2}$ Bf. — Raffee ruhig. Umsatz 1500 Sad. — Petroleum ruhig, Standard white loco 5,65 Bf., Aug.-Dez. 5,75 Bf. — Wetter: Bewölkt.

Hamburg, 18. Juni. Zuckermarkt (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Bafis 88 pCt. Rendement neue Usance, frei

